

Anzeigenpreise:
 Die achtspaltige Zeile 40 \$
 Inserate für auswärts 50 \$
 Arbeitsmarkt und
 Wohnungsanzeigen 20 \$
 Die 3-spaltige Reklamazeile 150 \$
 Bei Wiederholungen Rabatt.
 Inserate müssen zwei Tage vor
 Erscheinen der Zeitung in unsern
 Händen sein.

Volkswacht

Die Volkswacht erscheint täglich
 mit Ausn. d. Sonn- u. Feiertage.
Bezugspreise:
 In Danzig durch unsere
 Zweigstellen monatlich 2,00 \$
 vierteljährlich 6,00 \$
 Durch d. Post bez. außerd.
 Zustellgebühr monatl. 30 \$
 Einzelnummern 15 \$
 Postfachkonto Danzig 2945.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion: Spendhaus 6 :: Telephon 720
Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften
Expedition: Spendhaus 6 :: Paradiesg. 32 :: Teleph. 3290

Nr. 264 **Mittwoch, den 12. November 1919** **10. Jahrgang**

Proletarier Danzigs vereinigt euch!

Wir strecken aus die Bruderhand.

Die ersten Jahrestage der deutschen Revolution sind über. Die einen sahen sie mit Furcht und Schrecken kommen, fürchteten, daß sich das vorjährige Schauspiel wiederholen würde. Nur in zehnmal schrecklicherer Art. Die andern hätten es auch gern so gemacht. Sie hatten aber wohl doch ihre Ohnmacht eingesehen und begnügten sich mit einigem Geschrei, das revolutionär klingen sollte.

Wielen von uns aber würgte ein bitteres Gefühl im Halse. Wir gedachten jenes Tages vor einem Jahre, da wir uns alle zusammengefunden hatten und da wir die Macht der Reaktion und des Militarismus vor unsern Füßen zusammendrehen sahen. Heute marschieren wir, die wir alle die Partei des Proletariats sein wollen, wieder in mehreren verschiedenen Heerhaufen.

Wer sich nur noch einen Funken von Vernunft und Ueberlegung bewahrt hat, wird einsehen müssen, daß das Proletariat bei der jetzigen Zersplitterung nie seine Ziele wird erreichen können. Diese Zersplitterung der deutschen Arbeiterschaft ist mehr und mehr zu einer Tragikomödie geworden. Während des Krieges war die vorher einige deutsche Sozialdemokraten in zwei Parteien auseinander gefallen. Im Dezember vorigen Jahres sonderten sich von den Unabhängigen wieder die Kommunisten als besondere Partei ab. Aber diese dreiteilige Spaltung genügt den radikalen Heißspornen der Kommunisten auch nicht mehr, und so haben sich diese vor wenigen Wochen auch noch gespalten. In den Reihen der Unabhängigen aber tobt ein heftiger Kampf zwischen dem linken und rechten Flügel. Dieser Meinungsstreit bei den Unabhängigen wird mit solcher Schärfe geführt, daß die „Leipziger Volkszeitung“ sich jüngst darüber beklagte, daß bei einer Urabstimmung der Leipziger Unabhängigen die Anhänger des radikalen Dr. Genex den ärgsten Terrorismus und die schlimmsten Gewaltakte gegen die Anhänger des rechten Flügels ausgeübt hätten.

Wir haben diese traurigen Vorgänge in der deutschen Arbeiterbewegung unsern Lesern hier kurz skizziert, um zu zeigen, wohin schließlich Parteifanatismus führen kann. Hat die Uneinigkeit in den Reihen der deutschen Arbeiterschaft aber schon dazu geführt, daß Reaktion und Militarismus nach der siegreichen Revolution wieder mehr und mehr an Einfluß gewonnen haben, so ist eine Zersplitterung der sozialdemokratischen Bewegung in Danzig ein wahnsinniges Verbrechen an der hiesigen Arbeiterschaft. Halten wir uns doch einmal die wirtschaftlichen Verhältnisse vor Augen, die sich in Zukunft in der Freistadt Danzig ergeben werden. Neben dem deutschen Kapital wird in Zukunft hier stark internationale Kapital vertreten sein. Die ausländischen Kapitalisten aber kommen nicht nach Danzig, um mit ihrem Kapital die hiesige Arbeiterschaft zu beklücken, sondern um Profit zu machen. Profit aber ergibt sich nur aus der Ausbeutung der Arbeiter. Tritt der Kapitalismus in seinen Mutterländern schon als traffer Ausbeuter auf, so kennt er bei seiner Betätigung im Ausland keine Grenzen. Das gilt besonders für den Kapitalismus der Ententestaaten, dem durch den mangelnden Einfluß der Arbeiterklasse in den dortigen Volksovertretungen noch fast gar nicht die Krallen beschnitten worden sind.

Aber nicht nur von dieser Seite drohen dem Danziger Proletariat Gefahren. Auch unsere einheimischen Kapitalisten und mittelschänderischen Reaktionäre sehnen wieder die Zeit herbei, da sie unumschränkt herrschen konnten. Einige ihrer Führer haben ja unvorsichtigerweise aus der Schule geplaudert. Der Demokratenführer Dr. Fehrmann wollte bekanntlich für die Freistadt Danzig nur die deutschen Reichs- und Staatsgesetze übernehmen, die vor dem 9. November her bereits in Kraft waren. Ein anderer Arbeitgeber erklärte bei Tarifverhandlungen: „Na, Gott sei Dank, daß es im Freistaat mit dem Achtundtagsgesetz zu Ende ist.“ Wie die reaktionären Bürgervereine sich vor einer sozialdemokratischen Steuerpolitik fürchten, haben wir an anderer Stelle gezeigt. Das sind nur wenige Schlaglichter, die aber hell die Situation in Danzig kennzeichnen.

Wir müssen in Zukunft mit der festen Tatsache rechnen, daß wir hier völlig auf eigene Füße gestellt sind und eigene Politik machen müssen. Wenn kürzlich ein hiesiger Kommunist erklärte, daß er mit Deutschland stehe und falle und daß seine Freunde den Grenzstreich, den die Entente zwischen uns und Deutschland gezogen hat, nicht anerkennen, so kann man das gefühlswäßig wohl verstehen. Mit dem Gefühl allein aber ist schlecht praktische Politik zu machen, und der Freistaat wird nun einmal bestehen, ob wir ihn anerkennen oder nicht.

Unüberbrückbare Schwierigkeiten für eine Vereinigung der sozialistischen Parteien im Freistaat bestehen nicht. Die S. D. und U. S. P. erkennen beide das Erfurter Programm an, und auch unsere Partei wünscht, daß die Arbeiterräte in den Betrieben und ihre Zusammenfassung im Landesarbeiterrat geschäftlich festgelegt werden. Beide Parteien wollen auch die Parlamente als Waffe im Bekämpfungskampf der Arbeiterklasse gebrauchen. In keiner Frage gibt

es zwischen beiden Parteien, besonders bei uns in Danzig, grundsätzlich verschiedene Auffassungen. In besonderen tatsächlichen Fragen aber läßt sich eine Einigkeit noch bedeutend leichter erzielen.

Schwieriger ist die Frage einer Vereinigung mit den Kommunisten. Wir wissen uns natürlich frei von der bürgerlichen Auffassung, die in jedem Kommunisten einen gemaltamen Umstürzler, Mörder und Räuber sieht. Wir wissen, daß es unter ihnen eine Anzahl gibt, die lange Jahre mit uns in Reih und Glied gekämpft haben und die uns als liebe, gutmütige Kerle bekannt sind. Bei einem Teil rührt die kommunistische Auffassung erst seit dem Generalstreik im April dieses Jahres her. Daß damals der hiesige Militarismus mit unüberlegter Härte vorging, war aber nicht Schuld der sozialdemokratischen Partei. Die Kommunisten werden sich auch sagen müssen, daß eine Diktatur des Proletariats im Freistaat Danzig ein Ding der Unmöglichkeit ist. Die Weltrevolution im kommunistischen Sinne wird aber wohl noch sehr, sehr lange auf sich warten lassen. Wollten die Kommunisten aber jetzt eine Beteiligung an den Wahlen zum Landesparlament und den Gemeindevertretungen ablehnen, so hieße das, sich mit gebundenen Händen selbst der Reaktion und dem Kapitalismus widerstandslos auszuliefern. Der Sverling der Demokratie in der Hand sollte uns auf jeden Fall lieber sein als die Taube der Diktatur auf dem Dache. Daß die Kommunisten mit ihren Generalstreiks- und Demonstrationen keine Massen auf die Beine bringen, haben sie am Freitag selbst erfahren. Sogar von den Arbeitslosen war ihrer Aufforderung nur ein winziger Teil gefolgt. Wir glauben deshalb, daß auch die einsichtigen Kommunisten aus dieser Tatsache die richtige Schlussfolgerung ziehen sollten. Haben doch sogar Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg die Beteiligungen an den Wahlen gefordert.

Bei den Vertrauensleuten der verschiedenen Parteien in den einzelnen Betrieben hat der Gedanke der Einigung festen Boden gefaßt. Sie sehen es als Wahnsinn an, wenn die Arbeiter, die in den Betrieben zusammen arbeiten, in der Öffentlichkeit im politischen Kampf einander befehlen. Die fern Dränen der Massen nach Einigung wird sich die sozialdemokratische Partei nicht hindernd in den Weg stellen. Im Gegenteil! Sie hat schon immer gerade bei uns in Danzig den Gedanken der Einigung des Proletariats vertreten und schon mehrmals Einigungsverhandlungen angebahnt. Wenn diese bisher nicht zum Ziele führten, so besonders deshalb, weil die Zeit noch nicht dafür gekommen war. Wir waren noch alle zu sehr mit der deutschen Reichspolitik verbunden. Jetzt aber kommt für uns in Danzig eine andere Zeit. Eine Zeit, die ihre reaktionären Schatten schon vorauswirft.

Auch in diesen Tagen sind wieder Einigungsverhandlungen im Gange. Mögen die Genossen in allen Lagern sich bemühen, um was es diesmal geht. Nicht Parteifanatismus und Selbstsucht dürfen jetzt sprechen, sondern nur die heiße Liebe zum Proletariat. Zum Proletariat, das besonders im künftigen Freistaat Danzig schwer um die Durchsetzung seiner Ziele wird ringen müssen. Wenn irgendwas, dann gilt besonders für uns der alte Vers:

„Ihr habt die Macht in Händen,
 Nur wenn ihr einig seid.“

Frieden mit Sowjet-Rußland.

Amsterdam, 11. Nov. Einer Reutersmeldung zufolge berichtet das Arbeiterblatt „Dain Herald“ aus Warschau: die polnische Regierung beabsichtigt, alle kriegsführenden Parteien in Rußland aufzufordern, die Feindseligkeiten am 25. Nov. einzustellen und Delegierte nach Warschau zu entsenden, die über den sofortigen allgemeinen Frieden beraten sollen. Die Großmächte sind ebenfalls aufgefordert worden, Delegierte zu entsenden, um an der Konferenz, die am 15. Dezember stattfinden soll, teilzunehmen.

Rotterdam, 11. Nov. Laut „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet der Berichterstatter der „Times“ aus Helsinki: Es verlautet, daß die Vereinigten Staaten der Beschlag gemacht hätten, Trojky zu fragen, ob er, wo die Gefahr für Petersburg vorüber ist, bereit sei, bei der Einberufung einer in voller Freiheit gewählten Nationalversammlung, die über die Regierungsform Rußlands Beschluß fassen soll, mitzuwirken.

Paris, 11. Nov. (W. T. B.) Nach einer Meldung des „Matin“ hat Gutschkow, der frühere Kriegsminister des Kabinetts Kerenski und Präsident der dritten Duma, sich über die Lage in Rußland dahin geäußert, daß er eine Entscheidung von Denikin erwarte, der über 400.000 Mann und reichlich Munition verfüge. Das Schicksal Dudenitsch hänge davon ab, wie rasch die englische Hilfe einsetze könne. Die Rückkehr zu einer liberalen Monarchie und zu einem vor-

trierischen Zarismus halte er für unmöglich. Den baltischen Staaten müsse man die breitetste Autonomie geben; aber sie seien für Großrußland wegen ihrer Reichtümer und wegen ihres Exporthandels unentbehrlich.

Der verlorene Metallarbeiterstreik.

Berlin, 11. Nov. Wie die 15er Kommission und das Metallkartell mitteilen, ist entsprechend der Urabstimmung in den Betrieben der Metallarbeiterstreik für beendet erklärt worden. In den Betrieben, in denen die Möglichkeit der sofortigen Arbeitsaufnahme besteht, kann die Arbeit am Mittwoch früh wieder aufgenommen werden.

Die Lehren des Metallarbeiterstreiks sind nach dem „Vorwärts“ für die Arbeiter teuer erkauft. Sie zeigen einmal, daß im wirtschaftlichen Kampf zunächst alle Mittel erschöpft sein müssen, ehe zur letzten Waffe, dem Streik gegriffen werden kann, und zum andern, daß radikale Phrasen und großsprecherisches Draufgängertum durchaus noch nicht die Gewähr für eine wirksame Anwendung dieser letzten Waffe bieten.

Die Berkehrslage im Ruhrrevier.

Essen (Ruhr), 11. Nov. (W. T. B.) Die Eisenbahnverkehrslage hat sich seit Beginn der Personenverkehrsperre in der vorigen Woche wesentlich gebessert. Gegen Schluß der Woche fehlten nur noch einige hundert Wagen täglich. Infolgedessen konnten zehnfach die erforderlichen Anordnungen zum Abtransport von Halbenbeständen getroffen werden. Die Besserung der Berkehrslage kann bisher nicht in dem gewünschten Umfang zur Geltung kommen, weil der Wasserstand des Rheins sich noch nicht wesentlich gebessert hat.

Französische Auslieferungsanträge.

Paris, 10. Nov. Wie „Liberté“ mitteilt, verlangt Frankreich die Auslieferung von 6000 Deutschen auf Grund des Artikels 223 des Vertrages. Die französische Regierung werde in der vom Fünfferrat eingeleiteten Kommission befreitend die Regelung des Gerichtsverfahrens durch den Unterstaatssekretär für Militärjustiz Ignare vertreten sein.

Die Heimkehr unserer Gefangenen aus Frankreich.

Die Franzosen haben, wie verschiedene Blätter berichten, mit dem Abtransport der deutschen Kriegsgefangenen begonnen. Ein erster Zug mit solchen lief gestern mittag in Essen ein. Inzwischen sei, so wird weiter berichtet, von Paris aus pöblich der Befehl ergangen, daß weiteren Abtransport einstweilen einzustellen. Etwa zehn Transporte, die sich noch auf französischem Boden befinden, seien angehalten und zurückgeleitet, welche Vorgänge diese Maßnahme veranlaßt hätten, lasse sich noch nicht ermitteln.

Wie Polen bluten sollte.

Aus den Erinnerungen des Grafen Czernin.

Berlin. Graf Czernin schildert in seinen Erinnerungen in der „Vossischen Zeitung“ weiter die Schwierigkeiten, die den Russen durch die Abstimmungen in der Ukraine entstanden sind und zeigt die Wirkungen der Lebensmittelunruhen im Januar auf die österreichische Regierung und die Friedensverhandlungen in Breit-Stowitz. Ueber das polnische Problem schreibt er, daß in einer Sitzung der österreichischen Regierung unter dem Vorsitz Kaiser Karls der Sektionschef Dr. Graf bezeugt, daß die polnische Forderung, ohne die Annahme der ukrainischen Forderungen geändert werden müsse. Die Deutschen forderten, abgesehen von ganz enormen territorialen Beschnidungen Kongreßpolens, auch die Niederhaltung der polnischen Industrie, das Mitbestimmungsrecht bei den polnischen Eisenbahnen und Staatsbetrieben sowie die Abwälzung eines Teiles der Kriegsschuld auf die Polen, wodurch die polnische Bevölkerung aufs äußerste erbittert sei. Dr. Graf vertrat den Standpunkt, daß es besser sei, das Problem in einer andern Form zu diskutieren, die das vereinigte Polen Deutschland überläßt und dafür den Anschluß der Ukraine an Rumänien durchsetzen wollte.

Erzbischof v. Hartmann †.

Köln, 11. Nov. Kardinal v. Hartmann, Erzbischof von Köln, ist vergangene Nacht um 2 Uhr verstorben.

Abbruch des amerikanischen Bergarbeiterstreiks.

Indianapolis, 11. Nov. (Reuter.) Der allgemeine Ausbruch der Bergarbeiter hat heute morgen nach 17 stündigen Beratungen beschlossen, in Ausführung der vom Gericht gegebenen Anweisung, den Streik der Arbeiter in den Braunkohlebergwerken für beendet zu erklären.

Vaterlandsverräterische Großagrarier.

Die statistische Abteilung der Reichsanstalt (RA) rechnet mit der Abfertigung der Landbesitzer 1917/18 in einem umfangreichen Tabellenwerk ab, um festzustellen, wie die einzelnen Betriebsgrößenklassen (Zwerg- und Kleinbesitz, Mittelbesitz, Großgrundbesitz) in der Erfassung der Ernte und der Ablieferung der Abfertigungen ihre Schuldigkeit getan haben.

Woll hier Schätzungen (Ernteschätzungen) mitsprechen, hat der Statistiker alle beachtlichen Momente von vornherein berücksichtigt oder ausgeschaltet, wenn es sich stellenweise um nur kleine absolute Zahlen handelt, können die Ergebnisse doch Allgemeingültigkeit beanspruchen, weil sämtliche Vergleiche eine auffallend einheitliche Tendenz zeigen.

Das Tabellenwerk gliedert die 961 Kommunal- und Versorgungverbände in 7 große Gruppen. Zur ersten gehören die Verbände mit ganz überwiegend Kleinkreis (0 bis 5 Hektar), bei denen diese Besitzform 68 bis 100 Prozent der gesamten Fläche ausmacht. Nach Ausmerzung der ganz kleinen Verbände ergibt sich dann, daß die Gruppen 3 und 4 (vorwiegend Mittelbesitz) in der Ablieferung günstiger dastehen als 5, 6 und 7. Es liefern über 90 Prozent ihrer Schuld ab: in Gruppe 4 29 Prozent sämtlicher Verbände, in Gruppe 5 24 Prozent, in Gruppe 6 15 Prozent und in Gruppe 7 gar nur 14 Prozent — die Verbände mit größerem Grundbesitz also relativ am wenigsten!

Auch nach einer noch schärferen Einteilung der Verbände ergibt sich, daß gerade der „übermäßige“ Großbesitz mit nur 20 Prozent Ablieferung gegen 28 Prozent sämtlicher Verbände weit zurückbleibt. In die öffentliche Hand über 90 Prozent der Ernte zu bekommen, ist in Gruppe 3 und 4 bei 57 bis 58 Prozent der Verbände gelungen. In Gruppe 7 aber nur bei 34 Prozent und in 6 nur bei 2 Prozent. Also auch hier haben die Verbände mit überwiegend größerem Grundbesitz auffallend verlagert.

Um Einwendungen gegen die Gruppierungsmethode zu begegnen, wurde noch eine andere Gruppierung vorgenommen: Gruppe A, umfassend den Kleinkreis der Gruppen 1 bis 3, Gruppe B, umfassend die Gruppen 4 bis 6, jedoch ohne die Kreise mit ausgeprägtem Großbesitz, also Mittelbesitz im eigentlichen Sinne, Gruppe C die Verbände, in denen Großgrundbesitz (über 100 Hektar) allein mehr als ein Drittel der Gesamtfläche einnimmt. Dann ergibt sich, daß mehr als 90 Prozent der Ernte erfasst wurden bei Gruppe A (Kleinkreis) in der Hälfte aller Kreise, bei Gruppe B (Mittelbesitz) noch in 47 Prozent aller Kreise. Dagegen in Gruppe C (Großbesitz) in noch nicht einem Drittel aller Kreise, nämlich nur in 32 Prozent. Das dürfte wohl ein überraschendes Ergebnis sein!

Die amtliche Statistik geht auch den Gründen dieser Erscheinung nach. Von einer zu hohen Ernteerzeugung kann keine Rede sein. Der wahre Grund der Ernteerzeugung liegt nur in der allgemein unvollkommenen Kontrolle der Wirtschaftsführung der Großbetriebe gegenüber der schärferen und wirksameren Kontrolle in den Mittel- und Kleinbetrieben. Der statistische Kritiker kommt dabei auf die drei jede einzelne Betriebswirtschaft zerstörenden Faktoren: **Schleichhandel, Grenzschmelze und übermäßige Versteigerung** zu sprechen. Es wurden durch die Einkaufsstellen der RA 90 ausgebrochene Schleichhandelskreise festgestellt, und davon entfielen auf die Kleinkreisbetriebe 9 Prozent, auf den Mittelbesitz 11 Prozent, auf den Großgrundbesitz aber nicht weniger als 24 Prozent.

Diese „schlechten Kreise“ sind ein Schaden für unsere Ernährungswirtschaft. Der aus dem Tabellenwerk der RA gezogene Grund ist im einzelnen wie im ganzen so klar, daß der Bearbeiter dieser Zahlen zu folgenden Sätzen gelangt:

Die gefundenen Verhältnisse genügen vollkommen zur Beantwortung der während des Krieges oft gestellten und eben so oft falsch beantworteten Frage: **welche landwirtschaftlichen Kreise haben in den Jahren des Krieges ihre Pflicht gegen die Allgemeinheit im höchsten Maße vernachlässigt?** Wir haben versucht, abseits von allem persönlichen Parteihaß und auf Grund stammbaarer Zahlen eine Antwort auf diese Frage zu finden.

Die Antwort lautet vernichtend für den Großgrundbesitz. Die Großgrundbesitzer haben während des Krieges das höchste Maß an Unbilligkeit angesetzt. Die Statistik der RA ist ein Todesurteil für den deutschen Großgrundbesitz und damit auch für seine politischen Anhänger. Die Reaktion.

Diese agrarische Reaktion ist bei dem noch die Reaktion der Revolution für den Widerstand vorantreiben zu werden. Es muß demgegenüber immer wieder betont werden, daß gerade die großgrundbesitzigen Kreise durch die **höchstmögliche Zurückhaltung der Lebensmittel** in den Kriegsjahren die für die Ernährung des Landes am wenigsten schädlichen Kreise sind. Die Reaktion.

Preussische Landesversammlung.

Berlin, 11. November.

Nach Bekanntmachung des Kabinetts sind die zweite Sitzung der Reichsanstalt beauftragt.

Die Sitzung (11. 11.): Die Reichsanstalt hat die Besondere Tabelle **Ernteschätzungen** für die Jahre 1917/18 und die **Ernteschätzungen** für die Jahre 1918/19 und die **Ernteschätzungen** für die Jahre 1919/20 veröffentlicht. Die Tabelle enthält die Ernteschätzungen für die Jahre 1917/18 und die **Ernteschätzungen** für die Jahre 1918/19 und die **Ernteschätzungen** für die Jahre 1919/20.

Die Sitzung (11. 11.): Es hat sich um eine einheitliche Ernteschätzung der Reichsanstalt. Die Sitzung (11. 11.): Es hat sich um eine einheitliche Ernteschätzung der Reichsanstalt.

Die Sitzung (11. 11.): Es hat sich um eine einheitliche Ernteschätzung der Reichsanstalt.

Ernteschätzungen werden vielfach leere Wagen aus den Erntegebieten, wo sie dringend gebraucht werden, in Gebieten geleitet, wo keine Verwendung für sie vorliegt. Oberberghauptmann Kühn sagt: Prüfung der Verhältnisse.

Abg. Dr. Frenzel (Dem.): Es kommt alles darauf an, unseren Bergbau ertragsfähig zu machen, damit er nicht in die Hände der Engländer oder anderer Ausländer fällt. Wie sollen wir den Friedensverpflichtungen nachkommen, wenn wir nicht die notwendige Kohle für unsere Industrie haben? Mittwoch 12 Uhr: 3. Sitzung des Provinzialparlamentsgesetzes und Erneuerungsverordnungen.

Um den Kaiser.

Wilhelm II. ist auf und davon und kann niemand mehr haben. Der Monarchismus ist tiefer im Kurse gesunken als die deutsche Mark. Nun kommen die Herrschaften aus der Umgebung Wilhelms II. und packen mit ihrer Wissenschaft aus. Jetzt, wo es uns ganz gleich sein kann, was für ein „Heil“ dieser letzte deutsche Kaiser war! Trotz aller monarchischen Begeisterung (bei der sie gute Geschäfte machten!) würden sich selbst unsere Deutschnationalen für den Kaiser bedanken (von ein paar Rindstapfen vielleicht abgesehen). Aber zur Kennzeichnung des monarchischen Herrschaftssystems mag es vielleicht unferm an republikanische Staatseinrichtungen noch nicht genug gewöhnten Volke gut sein, wenn man ihm einmal zeigt, wie und von wem es regiert wurde. In diesem Sinne sehr nützlich zu lesen ist das Buch des früheren Presseleiters im Auswärtigen Amt, Ministerialdirektor Otto Hammann „Um den Kaiser“ (Verlag Reimar Hobbing, Berlin); Preis der einfachen Ausgabe 5 Mk., das er seinen beiden Erinnerungsbänden „Der neue Kurs“ und „Zur Vorgeschichte des Weltkrieges“ folgen läßt. Es behandelt die innere Politik in der Zeit des Blocks, die Liebenberger Tafelrunde (Willy v. Suleburg!), den Novemberputsch von 1908 gegen das persönliche Regiment, die Vorgänge bei der Verabschiedung Bülow's in der auswärtigen Politik die Zeit des englisch-russischen Vertrags über Zentralasien, der in seinen Folgen der Bismarckischen Politik der zwei Eichen ein Ende machte, und der bosnischen Krise, die als Vorbote des Weltkrieges erscheint. In alle diese Dinge spielen die Eigenmächtigkeiten Wilhelms II. hinein, die als „persönliches Regiment“ im Volke Verbitterung und im Auslande Mißtrauen gegen uns erzeugten. Natürlich ist die Darstellung Hammann's keine absolute Wahrheit; er schildert die Vorgänge, so wie er sie sah; aber er sah sie aus nächster Nähe und kommt darum der Wahrheit recht nahe.

Von besonderem Interesse ist die Charakterzeichnung, die von Wilhelm II. selbst entworfen wird. Er wird als anmaßender Reichthaber geschildert, der selbst nicht davor zurückschreckt, die eigenen Neckerunnen und Behauptungen ins Gegenteil zu verkehren. Was ihm unangenehm wird, „vergibt“ er kurzweg. Zum Berner hatte er keine Zeit. Dazu auch? Im Urteil einer schweißbedeckten Umarmung war er ja noch der „größte Zeitaemule!“ In Wirklichkeit war er ein groß gemordetes Kind: „Er hat weder in seiner geistigen noch in seiner Willensbildung eine Entwicklung gehabt, er ist stehen geblieben, immer der Junge, semper idem in dem Sinne, daß er aus keiner Beobachtung, keinem Mißgriff, keinem Mißschlag eine Lehre für seinen Herrscherberuf gezogen hat.“ Der Vater selbst erkennt seinen Roman an Reife und seinen Hans zur Ueberhebung und will ihn daher von der auswärtigen Politik fernhalten. Der Verfasser läßt es dahingestellt, ob die eigenartige Erscheinung eines Stillschandes auf einer jugendlichen Entwicklungsstufe und die unbeeinträchtigte Beharrlichkeit im dem Glauben, ein Werkzeug der Vorsehung zum Heil seines Volkes und der Menschheit zu sein, von Kindheit an im Reime vorhanden gewesen oder durch Krankheit erworben ist.

Dieser Mann, der nur in den weiten Räumen der Unwirklichkeit zu Hause war, herrschte über ein so tüchtiges Volk, wie es die Deutschen sind. Wenn dieses Volk den Kaiser früher so geliebt hätte, wie es ihn heute kennt, es hätte ihn zum Tode gejagt, ehe er entfliehen konnte! Aber wenn früher das nur andeutungsweise gesagt worden wäre, was jetzt seine eigenen Freunde verraten, dann hätte es Majestätsbeleidigungssache und Gefängnisstrafen gerechnet! Diese nachträgliche Tapferkeit hat daher einen etwas bitteren Beigeschmack.

Fabrizierte Stimmung.

Sehmann hat bei seiner Vernehmung vor dem Untersuchungsausschuß der Reichsanstalt mehr als einmal darüber gesagt, daß die „Volksstimmung“ das Uebergewicht der Heeresleitung über die politische Leistung gewollt habe und daß insbesondere die Reichstagsmehrheit zu jener Zeit durchaus nicht auf Seiten Sehmann's, sondern auf der Seite der Militaristen stand.

Das ist ganz genau richtig. Und ebenso richtig ist, was durch die im Anschluß gestellten und teilweise beantworteten Fragen bestätigt wurde, daß die militärische Zensur jede andere Meinung rücksichtslos niederknipselte. Jede deutsche Zeitung, die nicht bedingungslos den **Reichsverwechslern** dienste, kann ein Lieb davon fangen.

Die man der Wägen zum Verständigungsfrieden vollständig unterdrückte, zeigt die nachstehend abgedruckte Verfügung.

Stabs Generalkommando 4. A. R.
Abt. I. C. 4913

Regensburg, den 2. November 1917.

Der Inhalt der Sozialdemokratischen Partei: Verfassungstreue oder Krieg ohne Ende. Verleger Fr. Ebert, Berlin. Druck: Rommels-Verlag Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, zeigt gegen Andersdenkende in klarer Weise auf. Er ist daher geeignet, Verbreitung in der Bevölkerung zu tragen und dadurch die öffentliche Sicherheit zu gefährden. Die Verbreitung des Flugblattes wird daher für den künftigen Reichsbereich verboten. Eine entsprechende Exemplare sind zu beschlagnahmen.

Der Reichs-Kommandant General Frhr. von Sander, pp. Kriegsbefehlsmann 4. Armee-Korps.
Nr. 2294, I. 5.

Abt. von Rommels, Bezahlung und zum Weiteren; eine entsprechende Exemplare — auch wenn der Arbeiter-Volk des Reiches — sind zu beschlagnahmen und am 10. V. 1917.

Man beachte, daß diese Verfügung — eine unter zehn-tausenden! — aus dem Jahre 1917 stammt und nach der Friedensresolution des Reichstags erlassen ist. Sie zeigt, wie die „Stimmung“ des Volkes und des Heeres künstlich geleitet wurde durch die militärische Gewalt. Diese falsche Volksstimmung beruht dann die Zivilbehörden, um mit Sehmann davon zu sprechen, daß sie gegen sie nicht aufkommen könnten?

Die Verfügung hat in diesen Tagen aber noch ein anderes Interesse: der Sozialdemokratie wird von den Nazis nachgeredet, daß sie an dem Kriegselend mitschuldig sei und im gleichen Verdammnis mit den Alldutschen gehöre. Die Generale haben anders gedacht und die Aufrufe der Partei verboten, weil sie ihnen zu scharf gegen die Innenminister „aufreizten“. Für den Reichspräsidenten Ebert ist es allerdings keine Schande, daß er wegen Aufreizung zum Verständigungsfrieden damals — verboten worden ist.

Zwischen Tür und Angel.

Während die Leipziger Unabhängigen sich erst auf ihrer Generalversammlung für den Anschluß an die dritte Internationale, dann in Abstimmung für den Anschluß an die zweite Internationale ausgesprochen haben, schloßen die Berliner Unabhängigen einen ganz besonders schlaun und „prinzipienfesten“ Beschluß. Sie beschloßen nämlich, einzuweisen zwischen der zweiten und der dritten Internationale „auf der grünen Wiese“ Platz zu nehmen. Folgende Resolution wurde von den Berliner Unabhängigen angenommen:

In der Erkenntnis, daß von der Mehrheit der der 2. Internationale angeschlossenen Parteien nichts im Sinne des revolutionären Fortschritts zu erwarten ist, wir uns aber der 3. Internationale nicht bedingungslos anschließen können, ersuchen wir die Parteileitung, geeignete Schritte zu unternehmen, um mit den revolutionären Parteien aller Länder in Fühlung zu kommen und auf diese Weise den Boden für eine wirklich revolutionäre, aktionsfähige neue sozialistische Internationale vorzubereiten.

Das wäre dann also die vierte Internationale, der einseitigen freilich nur die Berliner Bezirksorganisation U. S. P. D. angehört. Die ganze Resolution ist ein klägliches Verlegenheitsprodukt, mit dem man die Einheit der Partei mühsam zusammenzukitteln hofft. Offenbar hat man die Absicht, auf dieser Plattform in Leipzig noch einmal die widersprechenden beiden Flügel der Partei zusammenzuführen. Allerdings ist sehr zweifelhaft, ob die energisch nach Moskau drängenden radikalen Elemente der Partei, die erst kürzlich wieder in Chemnitz einen vollständigen Sieg über den gemäßigten Flügel errungen haben, sich darauf einlassen werden.

Bertagt?

Karl Kautsky widmet dem verstorbenen Abg. Haack einen mahnenden Artikel in der „Freiheit“. Als besonders bemerkenswert verzeichnen wir daraus die Stelle:

Haack „dürfte doch nicht mehr die frohe Epoche erleben, der wir wieder entgegengehen, in der der Aufstieg auf der Grundlage des von der Revolution trotz alledem Errungenen von neuem beginnt.“

Und dieser Zeitpunkt braucht nicht fern zu sein. Er steht ein, sobald die Produktion wieder vollauf im Gange ist, die Arbeitslosen nicht nach Millionen zählen, man nach Arbeitern wieder sucht.

Zeiten der ökonomischen Krise und Stagnation schärfen das sozialistische Denken, heben aber nicht die proletarische Macht. Diese ist am größten und erringt die meisten Erfolge in den Zeiten der Prosperität.

Solche Zeiten kommen, kommen bald, sie müssen das Proletariat zu den glänzendsten sozialistischen Errungenheiten führen angesichts der ungeheuren Verbreitung, die der sozialistische Gedanke in den Massen seit der Revolution und durch die Revolution gewonnen.“

In der Bahr des rechtsunabhängigen Führers öffnet die „Freiheit“ ihre Spalten diesem Mahnruf. Die soziale Revolution vertagt auf die Zeit des ökonomischen Hochstandes!

Was hindert, wenn es den Unabhängigen wirklich ernst mit dieser Meinung ist, eine Zusammenarbeit am Wiederaufbau?

Geheime Absichten der Reaktion.

In Bayern sammelt sich alles, was reaktionär ist, unter der Fahne der Bayerischen Volkspartei, des früheren Zentrums. Nach Mittellagen des Münchener Unabhängigen Blattes hat nun dessen Führer, Abgeordneter Girtl, jüngst im Münchener Kasino nach einem Hymnus auf die Verdienste des Zentrums im Kampfe gegen die Räterepublik erklärt, das Zentrum wolle jetzt die Regierung noch nicht übernehmen. Die Verantwortung für den schlechten diesjährigen Winter überlasse es noch der Sozialdemokratie. Infolge der Ernteschätzungen, die er mit sich bringen werde, werde die Masse zur U. S. P. strömen: „Dann können wir im Mai Neuwahlen ansetzen. Viele Wähler, hauptsächlich die Frauen, müssen und werden dann aus Angst zu uns kommen. Erst dann kommt für uns die Zeit, wo wir die Regierung übernehmen. Dann kommt für uns der Himmel. Durch die Unruhen müssen und können wir die Ordnungspartei vermehren. Angst vor der U. S. P. treibt Wähler in unsere Reihen, und das gibt uns Macht.“

Es ist ein Organ der U. S. P., das in dieser Weise entböhlt, wie die Reaktion ihre ganzen Hoffnungen auf die Unabhängigen setzt.

Das hochgewinnliche Budget.

Nach der schwedischen Zeitung „Socialdemokraten“ enthält der Staatshaushalt Sowjet-Rußlands für das erste Halbjahr 1919 an Einnahmen 20 350 000 000 Rubel, Ausgaben 50 703 000 000 Rubel. Das Defizit beträgt also über 30 Milliarden Rubel. Für Senkung der Lebensmittelpreise wurden 5 Milliarden verausgabt, die Eisenbahnen arbeiteten mit Verlust von 4 1/2 Milliarden. Ein halbes Jahr bolschewistischer Wirtschaft kostete also mehr als vier Kriegsjahre.

Eine demokratische Woche.

Die Deutsche demokratische Partei hat sich zur Einrichtung einer demokratischen Woche in den Tagen vom 13. bis 20. November entschlossen. Die parlamentarischen Vertreter dieser Partei werden während dieser Zeit in ihren Wahlkreisen Versammlungen abhalten.

Die Parteiorganisationen werden außerdem demokratische Kurse veranstalten zur Eröffnung der Winterarbeit.

Die Revolution und die Beamten.

Von Wilhelm Steinkopf, R. d. R.

In der Nationalversammlung führte ein deutschnationaler Redner einmal aus, daß die Beamten die eigentlichen Träger der Revolution gewesen seien.

In diesem Ausspruch liegt viel Wahres. Es läßt sich nicht verkennen, daß die völlig unblutige, schnelle und glatte Durchführung der Staatsumwälzung in den Novembertagen 1918 mit dem prompten Beitritt der Beamten zur Revolution und in erster Linie der Reichsbeamten zu verdanken ist. Ein Verfehlen der Beamten hätte die Umwälzung zwar nie verhindert oder aufhalten können, aber es wäre ein Chaos entstanden, das Bürgerkrieg und blutige Kämpfe mit sich gebracht hätte.

Leider ist der literarische Redner nicht den Ursachen nachgegangen, welche der Beamtenschaft den Entschluß, zusammen mit den breiten Volksmassen das Joch des kaiserlichen Regimes abzuschütteln, so leicht machten. Er hätte dann feststellen müssen, daß es nicht Liebe und Dankbarkeit zum alten System gewesen sind, welche die Stellungnahme der Beamten bestimmten, obgleich die damaligen Machthaber seit davon überzeugt waren, daß nur diese in der Beamtenschaft vorhanden sein konnten, und sie auch nur diese verdienten.

Kein, nicht Liebe und Dankbarkeit zur früheren Regierung veranlaßte die überwältigende Mehrheit der Beamten, sich offen und ehrlich, ja mit Begeisterung, der Revolution anzuschließen. Die Gründe waren das tief eingewurzelte Mißverhältnis gegenüber dem deutschen Volk und in erster Linie die Erkenntnis: der Tag, die politischen Sklavenschaften abzuschütteln, ist gekommen; jetzt oder nie! Es soll der vollen politischen Freiheit für alle, und die politische Gleichberechtigung mit den Volksmassen zu erlangen.

Auch für die Beamten war die unendliche Geduld, mit der sie all das erträgliche politische und soziale Elend ertrugen, all die unangenehmen und schmerzhaften Kränkungen und Zurücksetzungen durch den „Chrenschneer“ hinnehmten hatten, in Ende. Das Jahr unblutiger Arbeit, von Vorkriegszeit und Fortschritt, welches durch den politischen Umsturz und durch die Revolution in die Hände der Arbeiter und der Volksmassen überging, war nach dem 9. November 1918 über — der Chrenschneer führt.

Ein Jahr ist leichter verfliegen. Ein Jahr bitterer Arbeit, ein Jahr voll schwerer persönlicher Kämpfe und Enttäuerungen. Nicht alle Beamten, die am Revolutionstage die Herzen höher schlagen ließen, sind bis jetzt erfüllt worden. Manches bleibt noch zu tun.

Die Aufgabe der Beamten, auf deren Rücken die Revolution ruhte, ist nicht erledigt. Es ist noch viel zu tun. Die Revolution ist nicht ein für allemal abgeschlossen. Die Revolution ist ein fortwährender Kampf. Die Revolution ist ein fortwährender Kampf. Die Revolution ist ein fortwährender Kampf.

Die Revolution ist ein fortwährender Kampf. Die Revolution ist ein fortwährender Kampf. Die Revolution ist ein fortwährender Kampf.

Die Revolution ist ein fortwährender Kampf. Die Revolution ist ein fortwährender Kampf. Die Revolution ist ein fortwährender Kampf.

Die Revolution ist ein fortwährender Kampf. Die Revolution ist ein fortwährender Kampf. Die Revolution ist ein fortwährender Kampf.

Die Revolution ist ein fortwährender Kampf. Die Revolution ist ein fortwährender Kampf. Die Revolution ist ein fortwährender Kampf.

Es seien noch erwähnt die Gewährleistung der wohlverdienten Rechte und der Ansprüche auf Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung. Auch an die Bestimmung über die lebenslängliche Anstellung der Beamten, die nur unter gesetzlich bestimmten Voraussetzungen mögliche Entlassung, die Schaffung einer Wiederaufnahmemöglichkeit bei Disziplinarverfahren und die Befreiung der geheimen Personalakten sei erinnert.

Eine weitere Bestimmung der Verfassung steht die Einführung von einheitlichen Grundsätzen für das Recht der Beamten aller öffentlichen Ämter im ganzen Reich vor. Und schließlich werden alle Ausnahmebestimmungen gegen die weiblichen Beamten beseitigt und diese ihren männlichen Kollegen nach Können und Wissen gleichgestellt.

Die meisten dieser Bestimmungen sind Grundsätze für die weitere Gesetzgebung. Tatsächlich befinden sich dem auch die notwendigen grundlegenden Gesetze in Ausarbeitung und werden noch von der Nationalversammlung verabschiedet werden; so das Reichsbeamtengesetz und das Beamtenbetriebsvertragsgesetz, das den Beamten das Mitbestimmungsrecht in persönlichen und Betriebsangelegenheiten sichern wird.

Auch die Frage der Beamtenbesoldung geht der Lösung entgegen.

Die Revolution fand die Beamtenschaft in einem wirtschaftlichen Elend, das jeder Beschreiber erschauern läßt. Die menschliche Arbeitskraft rücksichtslos ausgebeutet worden, als es mit der Kraft der Beamten durch die kaiserliche Regierung geschehen ist. Sie hat trotz der ständig wachsenden Teuerung eine elendere Bezahlung erhalten, als unter dem Regime des Obrigkeitsstaates. Die Beamten, Erben und heilige Thronen sollten den Hunger der Beamten und ihrer Angehörigen stillen, und wagten die Beamten zu bitten, dann wurden die mit Hohn in ihre „Schranken zurückgewiesen“, während auf der anderen Seite Milliarden zum Heften hinausflogen. Dieses grauliche Beamteneleid, das war das Ergebnis des so oft beteuerten Wohlwollens der kaiserlichen Regierung für ihre Beamten.

Es wird unerbittlich bleiben!

Seither ist auf diesem Gebiete unstrittig viel getan worden. Wiederholt wurden größere Teuerungszulagen gewährt, zu welchen sich die frühere Regierung nie bereit gefunden hätte. Doch soll nicht bestritten werden, daß die Not in der Beamtenschaft trotzdem in kaum vermindelter Weise fortbesteht.

Jeder Einsichtige wird aber zugeben müssen, daß es schlechterdings ein Ding der Unmöglichkeit ist, all die abschätzlichen Unternehmungen und Taten des alten Regimes in dieser Beziehung mit einem Schlage gützlich zu machen. Dem damaligen „Können“ und „nicht Können“ hat heute das schuldige „Müssen“ aber unerbittliche „nicht Können“ gegenüber. Der Ausgleich kann nur allmählich erfolgen. So wird die in Vorbereitung befindliche Besoldungsordnung, die am 1. April nächsten Jahres in Kraft tritt, eine weitere Besserung der wirtschaftlichen Lage der Beamten bringen. Sie wird den Beamten geben, was sie zum Leben brauchen, besonders wird sie die Besoldung der untergeordneten Beamten erheblich verbessern.

Hand in Hand mit der Besoldungsreform wird die allgemeine Sozialreform gehen, die endlich die Schranken zwischen den einzelnen Beamtencategorien beseitigen und auch dem untersten Beamten entsprechend seinen Fähigkeiten den Aufstieg zu den höchsten und bestbezahlten Stellen ermöglichen wird. In Zukunft wird schließlich jeder Beamte den Wirtschaftskreis im Vorkriegsstand erreichen. Seine Sache wird es sein, ihn zu gebrauchen.

So hat die Revolution den Beamten Gewisses gebracht. Wünsche, um deren Erfüllung die Beamtenschaft jahrelang vergeblich gekämpft hat — es ist nun an die Beamtenschaft zu erinnern, die in dem Kampf um die Erfüllung dieser Wünsche nicht mit sich haben lassen dürfen, daß die Revolution eine Erfüllung nicht mit sich bringen kann. Die Revolution ist ein fortwährender Kampf. Die Revolution ist ein fortwährender Kampf. Die Revolution ist ein fortwährender Kampf.

Die Revolution ist ein fortwährender Kampf. Die Revolution ist ein fortwährender Kampf. Die Revolution ist ein fortwährender Kampf.

Ein erbärmliches Bild bieten jetzt die zählenden Bemühungen jener Parteien, denen die Beamten mit ihrer bodenlosen Verehrung zu danken haben. Sie wissen nicht, was sie anstellen sollen, um die Beamten in ihre Reue zu locken. Diesen Parteien wäre es ein Leichtes gewesen, in der mehr als vierzigjährigen Zeit, während welcher sie auf die Regierung einen ausschlaggebenden Einfluß ausübten, die traurige Lage der Beamten zu verbessern. Sie haben es nicht getan, und nur aus dem Grunde, um die Beamtenschaft stets als willenloses Werkzeug unter ständigem politischen und wirtschaftlichen Druck in der Hand zu behalten. Die Sozialdemokratie, jene Partei, mit der auch nur in kaiserlicher Führung zu treten den Beamten bei Verlust ihrer Stellung verboten war, ist es gewesen, welche sie aus dieser Anarchie in die Freiheit geführt hat.

Billig ist es, auf die heutigen Verhältnisse zu schauen und zu sagen, daß es früher besser war. Ganz besonders billig für jene, welche uns in diese Verhältnisse hineinregiert haben. Die Revolution fand das Reichshaus mit hellen Flammen brennend und in sich zusammenstürzend vor. Die Frevler, die Brandstifter, waren geflohen. Es galt, aus einem Trümmerhaufen etwas Neues zu schaffen und dies unter Angriffen von allen Seiten. Eine derartige Aufgabe läßt sich jedoch nicht von heute auf morgen lösen. Hierzu gehört Zeit und willige Menschen. Die Sozialdemokratie hat diese Aufgabe übernehmen müssen — sie wird sie lösen.

Die altbewährte Pflichttreue der Beamtenschaft wird sich auch hier bewähren. Im Kampf um das Dasein des deutschen Volkes wird sie in früherer Arbeitswilligkeit mit gutem Beispiel vorangehen und jener Partei nicht ihre Hilfe versagen, die ihr den Weg ins Neuland ebnete.

Willige und freundliche Mitarbeit, das ist die Forderung der Zeit. Und dies ist nicht zu viel verlangt, denn es geht vorwärts und aufwärts.

Bewerkschaftliches.

Ein Wort zur Beamtenschaft.

Die Delegierten der Beamtenschaft auf der 14. Verbandsgeneralversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes haben einen Aufruf an die Kollegen erlassen, worin sie auffordern, gemeinsam etwaige schädliche Rückwirkungen der Beschlüsse dieses Verbandstages nach Möglichkeit einzudämmen und eine Änderung der Verbandstagsbeschlüsse herbeizuführen.

Die Bergarbeiterlöhne im Ruhrrevier.

Der Lohnvertrag für das rheinisch-westfälische Steinkohlenrevier, der kürzlich zwischen dem Zechenverband und den Bergarbeiterorganisationen abgeschlossen wurde, setzt die Schichtzeit auf sieben Stunden, einschließlich Ein- und Ausfahrt fest mit der Maßgabe, daß sie auf den Zechen, bei denen mehr als 50 Prozent der unterirdischen Belegschaft in einer Temperatur von mehr als 28 Grad Celsius arbeiten, auf 6½ Stunden sich ermäßigt und auf den übrigen Zechen in Betriebspunkten mit einer höheren als der genannten Temperatur auf 6 Stunden. Für Heber- und Nebenschichten wird ein Zuschlag von 25 Prozent, an Sonntagen 50 Prozent und an hohen Feiertagen, wie am 1. Weihnachtstfesttag, Oster- und Pfingsttag, ein solcher von 100 Prozent festgesetzt. Weiter wird je nach der Dauer der Beschäftigung ein Urlaub von drei bis sechs Tagen jährlich unter Fortzahlung des Lohnes festgelegt. Die Lohnregelung sieht für die Bedingearbeiter einen Grundlohn von 14 Mark vor, der spätestens am 1. Januar 1920 allgemein durchgeführt sein muß. Der Mindestlohn der Bedingearbeiter beträgt bei normaler Leistung vier Fünftel des Durchschnittslohnes. Für alle Arbeiter werden Tarifschichtlöhne und für die Arbeiter über Tage Tarifstundenlöhne festgelegt. Die Tarifschichtlöhne stellen sich auf 12,50 Mark bis 20 Mark für jugendliche Arbeiter und auf 19 bis 20 Mark für die übrigen Arbeiter. Die Stundenlöhne auf 1 bis 2 Mark für jugendliche Arbeiter und 2,15 bis 3,25 Mark für die übrigen Arbeiter.

Der schwarze Kasten.

Von Hans-Joachim von Soden

„Ich gehe rechts! Ich weiß hier Bescheid. Aber ihr geht bitte vorwärts — links herum — denn sonst kommt ihr vielleicht auf die Idee kommen, mir ein Helfershelfer oder zwei nachzuschmeißen, und ich bin nicht für Ideen. Vorwärts!“

„Sie für — Sie sind allright — Sie sind eine Nummer!“ jagte Rad ganz langsam und gedehnt. „Aufpassen! Sie sind Nummer eins extra mit dem Stern! Und ich will nicht behaupten, daß wir's nicht verdient hätten. Aber weil's schon 'n Witz ist, so sagen Sie uns nunstens aus christlicher Liebe — was das alles ist? Mit dem Klettern? Mit dem Kasten? Un' mit dem Drehen?“

„Oh, Wozel! Wozel! Ihr für eure Führung haben?“

„Drei Dollars.“

„Ich dachte, zehn!“

„Ne — ganz gewiß nicht! Ist ein Jertem, drei, nur drei!“

„So? Wozel, hier sind aber doch zehn — nein, nicht näher kommen — da, ich werf' sie über. War't ihr schon einmal in einem Kino?“

„Ja — in Sibirien — natürlich!“

„Na, dann wird es euch interessieren, daß wir jochen eine Kinoaufnahme gemacht haben. Sie gehört zu einem Film „Die Goldgräber im Todesort“ —“

Die beiden Männer starrten ihn an —

— und sie sahen aus gelungen. Ich hätte auch gern wahr bezahlt für die Aufnahme, aber Strafe auch sein. Das steht schon in der Karte. Das nicht. Mal seid ihr vielleicht etwas weniger unverschämte gegen einen harmlosen Fremden —“

„Doch ich da, Mund und Augen aufgedöhnt. Höflich sprach er in ein schallendes Gelächter aus.“

„Warum lachst du denn auch noch, du Hanswurst?“ schrie Wozel. „Ist — sagt — ich — ich lach' über — über den harmlosen Fremden!“

Und immer noch lebend sah er sich die Foten hoch, setzte sich dorthin, wo sich das Leder der breiteste Stelle der Hose verstarfte, sah sich umher und sah sich immer ab zu tun.

„Ich folge ihm.“

„Doch Wozel hat“ rief der Fremde freundlich nach.

„Ich gehe rechts! Ich weiß hier Bescheid. Aber ihr geht bitte vorwärts — links herum — denn sonst kommt ihr vielleicht auf die Idee kommen, mir ein Helfershelfer oder zwei nachzuschmeißen, und ich bin nicht für Ideen. Vorwärts!“

„Sie für — Sie sind allright — Sie sind eine Nummer!“ jagte Rad ganz langsam und gedehnt. „Aufpassen! Sie sind Nummer eins extra mit dem Stern! Und ich will nicht behaupten, daß wir's nicht verdient hätten. Aber weil's schon 'n Witz ist, so sagen Sie uns nunstens aus christlicher Liebe — was das alles ist? Mit dem Klettern? Mit dem Kasten? Un' mit dem Drehen?“

„Oh, Wozel! Wozel! Ihr für eure Führung haben?“

„Drei Dollars.“

„Ich dachte, zehn!“

„Ne — ganz gewiß nicht! Ist ein Jertem, drei, nur drei!“

„So? Wozel, hier sind aber doch zehn — nein, nicht näher kommen — da, ich werf' sie über. War't ihr schon einmal in einem Kino?“

„Ja — in Sibirien — natürlich!“

„Na, dann wird es euch interessieren, daß wir jochen eine Kinoaufnahme gemacht haben. Sie gehört zu einem Film „Die Goldgräber im Todesort“ —“

Die beiden Männer starrten ihn an —

— und sie sahen aus gelungen. Ich hätte auch gern wahr bezahlt für die Aufnahme, aber Strafe auch sein. Das steht schon in der Karte. Das nicht. Mal seid ihr vielleicht etwas weniger unverschämte gegen einen harmlosen Fremden —“

„Doch ich da, Mund und Augen aufgedöhnt. Höflich sprach er in ein schallendes Gelächter aus.“

„Warum lachst du denn auch noch, du Hanswurst?“ schrie Wozel. „Ist — sagt — ich — ich lach' über — über den harmlosen Fremden!“

Und immer noch lebend sah er sich die Foten hoch, setzte sich dorthin, wo sich das Leder der breiteste Stelle der Hose verstarfte, sah sich umher und sah sich immer ab zu tun.

„Ich folge ihm.“

„Doch Wozel hat“ rief der Fremde freundlich nach.

„Ich gehe rechts! Ich weiß hier Bescheid. Aber ihr geht bitte vorwärts — links herum — denn sonst kommt ihr vielleicht auf die Idee kommen, mir ein Helfershelfer oder zwei nachzuschmeißen, und ich bin nicht für Ideen. Vorwärts!“

„Sie für — Sie sind allright — Sie sind eine Nummer!“ jagte Rad ganz langsam und gedehnt. „Aufpassen! Sie sind Nummer eins extra mit dem Stern! Und ich will nicht behaupten, daß wir's nicht verdient hätten. Aber weil's schon 'n Witz ist, so sagen Sie uns nunstens aus christlicher Liebe — was das alles ist? Mit dem Klettern? Mit dem Kasten? Un' mit dem Drehen?“

„Oh, Wozel! Wozel! Ihr für eure Führung haben?“

„Drei Dollars.“

„Ich dachte, zehn!“

„Ne — ganz gewiß nicht! Ist ein Jertem, drei, nur drei!“

„So? Wozel, hier sind aber doch zehn — nein, nicht näher kommen — da, ich werf' sie über. War't ihr schon einmal in einem Kino?“

„Ja — in Sibirien — natürlich!“

„Na, dann wird es euch interessieren, daß wir jochen eine Kinoaufnahme gemacht haben. Sie gehört zu einem Film „Die Goldgräber im Todesort“ —“

Die beiden Männer starrten ihn an —

— und sie sahen aus gelungen. Ich hätte auch gern wahr bezahlt für die Aufnahme, aber Strafe auch sein. Das steht schon in der Karte. Das nicht. Mal seid ihr vielleicht etwas weniger unverschämte gegen einen harmlosen Fremden —“

„Doch ich da, Mund und Augen aufgedöhnt. Höflich sprach er in ein schallendes Gelächter aus.“

„Warum lachst du denn auch noch, du Hanswurst?“ schrie Wozel. „Ist — sagt — ich — ich lach' über — über den harmlosen Fremden!“

Und immer noch lebend sah er sich die Foten hoch, setzte sich dorthin, wo sich das Leder der breiteste Stelle der Hose verstarfte, sah sich umher und sah sich immer ab zu tun.

„Ich folge ihm.“

„Doch Wozel hat“ rief der Fremde freundlich nach.

